



Max Horkheimer 1939

**„Wer nicht vom Kapitalismus reden wolle,
solle vom Faschismus schweigen.“**

Im allgemeinen politischen Bewußtsein gibt es vom Faschismus eine Vorstellung, als habe er mit Deutschland, seinen Menschen und der gesellschaftlichen Realität nichts zu tun.

Er sei über uns gekommen, wie eine Invasion von einem fremden Stern. Er sei schlimmstenfalls ein „Ausrutscher der Geschichte“. Mit dem Ende des 2. Weltkrieges sei dieser Spuk vorbei.

Das ist natürlich Quatsch! Die faschistische Diktatur war genauso eine von Menschen gemachte Ordnung, wie die freiheitlich/demografische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

An der Errichtung des Faschismus hatten bestimmte Leute ein Interesse, nämlich diejenigen:

die einen Vorteil davon hatten, jüdische Betriebe billig zu übernehmen,
Konkurrenz auszuschalten, Gewerkschaften zu verbieten,
betriebliche Bündnisse zu errichten.

Die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, sich in einer bestimmten,
für sie mißlichen Lage befanden (Kapitalismus, Konkurrenz).

Die sich die Lage, in einer für sie nützlichen Weise, erklärten (Klassenkampf der
Gewerkschaften).

Die Organisationen fanden die das formulierten und die Lösungsvorschläge
in die Tat umsetzten (Parteien und Verbände).

Wer wissen will, ob eine solche Ordnung wie der Faschismus, wieder entstehen könnte, der muß sich genau ansehen wer davon profitierte und wer die Opfer brachte. Wer wen, wofür vertrat und wo die materiellen Ergebnisse von 12 Jahren Faschismus geblieben sind. Wo die Personen geblieben sind, die den Faschismus förderten und von ihm profitierten und mit welchen Mitteln die Weimarer Republik zerstört wurde.

Vielleicht existieren noch einige der Bedingungen und Mittel die zum Faschismus geführt haben (es müssen ja nicht immer KZ gebaut werden und 7 Millionen Juden ermordet werden).

Es gab und gibt immer wieder Menschen die diese Fragen stellen und dafür einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Einige blieben mutig und standhaft (Alex Möller „15 Millionen beleidigte Deutsche“, Christian Ströbele: Schilys Vorbeugehaft ist wie die Schutzhaft der Nazis), die meisten fallen aber um (Herta Gremlin, Ulrich Wickert und zuletzt der SPD-Abgeordnete Stiegler).

Umso lauter muß man sagen:

„Wer vom Faschismus redet, muß auch vom Kapitalismus reden.“

Im Kapitalismus, wie im Faschismus ist das Leben Kampf. Weil die Menschen aber nicht immer kämpfen wollen, nennt man das ganze einfach Wettbewerb oder Konkurrenz und weil der Kapitalismus einen so schlechten Ruf hat, nennt man ihn lieber „Soziale Marktwirtschaft“. Es ist gleich!

Geködert werden die Menschen für diese Ordnung, indem man ihnen einredet, jeder habe den „Marschallstab im Tornister“, sie müßten ihn nur rausholen.

Betriebe billig zu übernehmen, dafür gibt es auch heute noch genügend Interessenten. Der Druck dazu ist zwar gegenwärtig nicht so groß, da man sich gerade aus „Erichs Resterampe“ ausgiebig bedient hat (Abwicklung der DDR), und dazu noch demokratischer als die Enteignungen jüdischen Vermögens. Aber die Bedingungen zur Profitmaximierung sind nach wie vor verbesserungswürdig. Was der Führer auf diesem Gebiet geleistet hat, soll zwar nicht Vorbild für heute sein, aber Anregungen sind immer nützlich. Man muß sie ja nicht 1 zu 1 übernehmen.



Material aus dem Internet:

Bei der **Gründung der Weimarer Republik** spielten die Liberalen wieder eine entscheidende Rolle. In der Anfangsphase gründeten sich zwei liberale Parteien, die DDP und die DVP. Damals standen unter anderen Persönlichkeiten wie Friedrich Naumann, Max Weber, Albert Einstein, Walther Rathenau, Gustav Stresemann, Hugo Preuß, Reinhold Maier, Theodor Heuss für den Liberalismus.

In der **bundesrepublikanischen** Zeit vereinten sich die Liberalen Deutschlands wieder in einer Partei: der FDP - Die Liberalen, sie war unter anderem mit Thomas Dehler, Erich Mende, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel an verschiedenen Bundesregierungen beteiligt, konnte aber nie die alte Bedeutung wieder gewinnen. Die FDP ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die für sich in Anspruch nimmt, für den ganzheitlichen Liberalismus einzutreten.

Kritisiert wurde, auch aus den eigenen Reihen (u.a. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Burkhard Hirsch, Gerhart Baum), dass liberale Prinzipien im Bereich der Bürgerrechte bei Themen wie Großer Lauschangriff, Videoüberwachung und biometrischer Reisepass kaum noch eine Rolle spielen würden, und statt dessen **wirtschaftsliberale Werte (Neoliberalismus) dominierten**.

Während die DVP de facto zu einer der Stützen der Weimarer Republik geworden war, tendierte sie nach dem Tode Stresemanns im Zuge der zunehmenden Radikalisierung des politischen Klimas immer stärker nach rechts und beteiligte sich u.a. in Thüringen an der ersten Landesregierung mit NSDAP-Beteiligung. Spätestens die Wahlen des Jahres 1932 zeigten allerdings, dass die DVP und DNVP die NSDAP nicht in puncto Radikalität ausstechen konnte, und sie sank zur Bedeutungslosigkeit herab; am 27. Juni 1933 löste sie sich selbst auf.

Politiker aus den Reihen der DVP beteiligten sich nach dem Zweiten Weltkrieg an der Gründung von FDP und CDU.

**„Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei.“
Dieser Wahlkampfsspruch zeigt, dass die DVP antikommunistisch orientiert war.**

21. März 2003: Vor 70 Jahren beschloss der Reichstag faktisch seine Auflösung, in dem er dem Ermächtigungsgesetz zustimmte. Damit fiel eine der letzten demokratischen Bastionen in Deutschland. Hitlers Weg in die Militarisierung und Krieg begann. Was sagte dieses Gesetz? Wer stimmte damals mit "Ja"? Wie war das gesellschaftliche Kräfteverhältnis? Was sind die historischen Lehren?

Heute fordern die Konservativen immer unverhüllter die Entrechtung der Gewerkschaften, betreiben – wie das Beispiel Italien zeigt – die zunehmende Gleichschaltung der Medien. Gleichzeitig trägt die Außenpolitik immer aggressivere Züge. Scheinbar widerstandslos verkümmert die demokratische Gesellschaft, wofür vor 70 Jahren noch ein Ermächtigungsgesetz nötig war...

Nachfolgeparteien CDU / CSU / FDP -Vorläuferparteien-

Zur Rolle der Vorläuferparteien von CDU, CSU, FDP

Obwohl die **CDU/CSU** immer für eine harte Gangart gegenüber der **PDS** als Nachfolgepartei der **SED** plädiert, ist sie selbst mimosenhaft, wenn ihr die Vergangenheit vorgeworfen wird. **Ludwig Stiegler, SPD**, wies die CDU/CSU und FDP auf die „historische Schuld“ ihrer „Vorläuferparteien“ hin, die 1933 **Adolf Hitler** an die Macht gebracht hatten. Münchner Merkur, 11.2.2002, S.4.

[Historischer Hintergrund: [Ermächtigungsgesetz](#)]

Das wörtliche Zitat: „**Der Einsatz von Union und FDP für das NPD-Verbotsverfahren ist erbärmlich! Dabei müsste gerade bei CDU/CSU und FDP, deren Vorläuferparteien am 23. März 1933 Hitler ermächtigt haben nachdem sie ihn zuvor verharmlost und mit an die Macht gebracht haben, die historische Schuld alle denkbaren Aktivitäten auslösen, wenigsten heute schon den Anfängen zu wehren.**“ Münchner Merkur, 12.2.2002, S.2

Lorenz von Stackelberg, Kommentator des Münchner Merkurs, versuchte eine merkwürdige Weißwaschung der Parteien: „Man kann der Union nicht ernsthaft zum Vorwurf machen, dass ehemalige Mitglieder jener Reichstagsparteien, die das fatale Gesetz teils fahrlässig, teils eingeschüchtert passieren ließen, 1945/46 den Weg in das neugegründete überkonfessionell Sammelbecken namens CDU fanden“ Münchner Merkur, 11.2.2002, S.2.

Dieses Argument würde auch für die PDS gelten: Man kann der PDS nicht ernsthaft zum Vorwurf machen, dass ehemalige Mitglieder jener Partei, die den Unrechtsstaat DDR betrieb, in den 90er Jahren den Weg in die PDS fanden. **Oder anders: was kann die CDU und CSU dafür, daß sich nach 1945 viele Braune in ihren Reihen wiederfanden?**

Empörung

Viele Vertreter der CDU / CSU / FDP empörten sich über Stieglers Aussage zur historische Abstimmung über das [Ermächtigungsgesetz](#):

Angela Merkel, CDU; Friedrich Merz, CDU; Guido Westerwelle, FDP; Max Stadler, FDP; Thomas Goppel, CSU.

Münchner Merkur, 15.2.2002, S.2

Die [sudetendeutsche Landsmannschaft](#) lud Stiegler als Gast ihrer Bundesversammlung aus. Auch sie verträgt die historische Wahrheit nicht. (SZ, 16.2.2002, S.6) Sonderbar, waren doch auch die Sudetendeutschen ([auch ich bin einer](#)) die Leidtragenden des Nazi-Wahns.

Edmund Stoiber, CSU, forderte ein klärendes Wort von Gerhard Schröder, SPD, über die Äußerungen von Ludwig Stiegler, SPD. (SZ, 21.2.2002, S.5.)

Wie war die Lage vor der Machtergreifung?

1. Die Massenarbeitslosigkeit liegt bei 5-6 Millionen
2. Die Arbeitgeberverbände fordern in einem Manifest:
 - Eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens.
 - Verwaltungsvereinfachungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung.
 - Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Verhältnisse.

Das Resümee der Nazis:

[„Herabdrückung der Lebenshaltung des schaffenden deutschen Volkes auf das Niveau chinesischer Kulis.“](#)

Wenn Einschränkungen nötig sind, dann bei ganz anderen Kreisen. Spitzengehälter sogenannter Wirtschaftsführer. Die SPD die diese Politik mitgemacht hat, spaltet sich jetzt. Die Neugründung heißt Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands(SAP). Für den Winter werden 7-8 Millionen Arbeitslose erwartet, Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld wurde verkürzt.

Es fällt nicht schwer Parallelen zur Zeit von heute zu ziehen.

Heute so wie damals nutzten die Unternehmer die von ihnen zu verantwortende Krise dazu, ihren Raubzug gegen die Mehrheit des Volkes zu forcieren.

HANS BIALLAS:

Manifest der Industrie Krach bei der S. P. D.

Folgen einer falschen Politik. Soll das schaffende Deutschland wieder der Leidtragende sein? — Unter neuem Namen der alte Betrug!

„Der deutsche Arbeiter soll die Reche bezahlen!“ — Das ist ungefähre der Grundton, auf den der Aufruf des Reichsverbandes der deutschen Industrie abgestimmt ist. Die sonstigen Unterzeichner jenes Manifestes bürgen auch für „selbstlose“ Absichten. Da ist z. B. der „Generalverband des Deutschen Kauf- und Handelsgewerbes“ und die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“. Die Forderungen dieser Wirtschaftsverbände, denen bekanntlich nicht Deutschland, sondern die „Wirtschaft“ über alles geht, werden schamhaft bezeichnet als: „Reform des Tarif- und Schlichtungswesens“, „Verwaltungsvereinfachungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung“, „Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Verhältnisse“.

„Die gegebenen Verhältnisse“ — das ist gerade das Richtige. Der deutsche Arbeiter ist unschuldig an diesen Verhältnissen. Warum soll er sich einfach damit abfinden und die Folgen einer zehnjährigen Katastrophen-Politik auf sich nehmen? Die Forderungen der Industrie-, Kauf- und Arbeitgeberverbände heißen mit anderen Worten nichts als: „Lohn- und Gehaltsfürzungen der Arbeiter und kleinen Angestellten, Herabdrückung der Lebenshaltung des schaffenden deutschen Volkes auf das Niveau chinesischer Knäus“. Das alles ist die Auswirkung jener dreimal versuchten Erfüllungspolitik, die auch Sie meine Herren von der Schwerindustrie als einzige außenpolitische Möglichkeit dem deutschen Volke angepriesen haben.

Aber warum soll denn gerade der deutsche Arbeiter wieder bluten? Ob wohl schon jemals einer dieser Industrie- und Börsenmänner in der Lage war, mit dem Hochlohn und unter der schmerzlichen körperlichen Arbeit eines Industriearbeiters sein Leben fristen zu müssen? Wohl kaum. Denn sonst würden derartige Manifeste, die dem deutschen Volke noch schwerere Einschränkungen empfehlen, wohl nie das Licht der Welt erblickt haben.

Wir sagen: „Wenn in Deutschland schon irgendwo die Lebenshaltung eingeschränkt werden soll, dann sind es ganz andere Kreise als die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft, die dafür in Betracht kommen“. Sehen wir uns einmal die Spitzenghälter jener sogenannten deutschen „Wirtschaftsführer“ an, die wie ein Hohn auf unsere schätzbare allgemeine Notlage wirken:

Gen.-Dir. des Siemens-Konzerns	Mil. 800.000.—
„ „ der Hamb. America-Linie	Mil. 600.000.—
„ „ der S. O. Packen	Mil. 500.000.—
„ „ der Rhein.-Westf. Industrie	Mil. 650.000.—

Das sind also die Leute, die täglich in das Horn der Sparsamkeit bliesen und dann sogar noch wagen, ihr Gebaren als national zu bezeichnen und von dem Grundsatz der nationalen Idee und national-politischer Verantwortung nicht anders aus.

Um kein Haar besser zu bewerten ist der Gegenaufruf des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Nachdem die Sozialdemokratische Füh-

rung der freien Gewerkschaften dem deutschen Volke und ihren Anhängern den Young-Plan als einzige Rettung aus der Not empfohlen hatte, hat sie jedes Recht verloren, heute noch vom Sozialismus zu reden und sich als Wortführer der deutschen Arbeiterschaft gegen die Forderungen der Industrie- und Finanzkreise aufzuschwingen.

Die sozialdemokratische Partei ist bereits fleißig damit beschäftigt, die Früchte ihrer Verrats-Politik zu ernten. Man kann eben nicht tagtäglich Jahre hindurch seine Toten in Gegenwart zu seinen Neben bringen. Da wird eben selbst der älteste Sozialdemokrat stumpf. Nunmehr ist die Bombe bei der SPD. geplatzt. Eine offizielle Spaltung hat sich vollzogen und zwar unter äußerst originellen Begleitumständen. Die älteste Fahne der SPD, die noch aus der Zeit des von Lassalle gegründeten „Deutschen Arbeiter-Vereins“ von 1873 stammte, hatte die ehrenvolle Aufgabe, gelegentlich des großen Krachs nochmal eine Rolle zu spielen. — Neben ihrer Aufschrift: „Einigkeit macht stark“ — gelangte sie nämlich durch einen Gewaltstreich in die Hände der Opposition. Die praktische Auswirkung der Spaltung vollzog sich in einer neuen Gründung, genannt: „Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands“.

Diese Ereignisse zeigen, daß es den marxistischen Volksbeträgern allmählich unmöglich wird, ihre Anhänger bei der Stange zu halten. Wenn es auch noch einmal gelingt, durch eine Auffang-Organisation, eben diese neugegründete „Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Deutschlands“, die Wankelmütigen für den Marxismus zu retten, wird doch der Tag kommen, da der deutsche Arbeiter erkennt, daß es immer daselbe ist, mag sich der Marxismus rot oder rosa gebärden. Jedenfalls ist die Entwicklung ganz interessant und wir sind gespannt, wieviel noch nicht erwachte deutsche Arbeiter die Ja, Biegler, Seidewitz, Eßlein und Kontorica um sich versammeln wird.

Wenn erst in Deutschland im kommenden Winter die von Brüning prophezeiten 7 bis 8.000.000 Arbeitslose auf der Straße liegen, wird wohl das deutsche Volk restlos die Früchte sozialdemokratischer Katastrophen-Politik erkannt haben. Man bereitet sich regierungseitig bereits auf das Unmögliche vor, eine derartige Miesenmenge durch die Arbeitslosen-Versicherung unterstützen zu wollen. Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 7. 31 hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung beschlossen, die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosen-Unterstützung von 26 Wochen auf 20 Wochen, für beruflich üblich Arbeitslose auf 16 Wochen zu kürzen. Diese Neuregelung tritt am 5. Oktober in Kraft und soll angeblich durch die erzielte Einsparung die riesigen Anforderungen sicherstellen, die durch die Unterstützungsleistungen in diesem Winter erwachsen werden.

Auch die R. S. D. A. P. ist für den Winter vorbereitet, wir kämpfen unter der Parole: „Hinein in die Betriebe“.

Diese Politik trieb einen nicht unbeträchtlichen Teil der Arbeiter in die Arme der Nazis. Aber auch ein anderer Teil des Volkes sah in den Nazis ihren Retter.

Der gewerbliche Mittelstand der ohnehin unter den Großbetrieben zu leiden hatte, geriet in der Krise noch mehr in die Zange von Großunternehmen und Arbeitskosten. Die einen preßten ihnen niedrige Preise ab und die anderen forderten höhere Löhne. Auch machte ihnen die Billigkonkurrenz und Schwarzarbeit zu schaffen. Die Nazis versprachen Abhilfe und fanden im Mittelstand Unterstützung. Besonders wenn es um die Hetze gegen die verhaßten Gewerkschaften ging.

Erwachtes Handwerk

Von W. G. Schmidt, Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter und Reichshandwerksmeister

Wenn im Juni das deutsche Handwerk in Frankfurt a. M. den Reichshandwerkertag begeht, so gedenkt es mit besonderer Dankbarkeit des Führers. Seine Arbeit hat das Handwerk wieder stark und selbstbewußt gemacht, so daß es sich heute gleichberechtigt neben die anderen großen Gruppen der deutschen Wirtschaft stellen kann. Es ist heute wieder eine Ehre, ein tüchtiger Handwerker zu sein und zu wissen, daß die handwerkliche Arbeit im Wirtschaftsgefüge des Dritten Reiches einen festen Platz gesichert erhalten hat.

Der Nationalsozialismus fand bei der Machtübernahme ein Handwerk vor, das im Sumpfe der kapitalistisch-liberalistischen Mißwirtschaft rettungslos unterzugehen drohte. Die Wirtschaftsstruktur schien einfach keinen Raum mehr für die deutsche Handwerksarbeit übrig zu haben. Der ehrliche, gediegene Arbeit leistende Handwerker sah sich einem Puschertum gegenüber, das durch Schwarzarbeit und Schleuderei ihm nicht mehr die Möglichkeit zur Festsetzung eines „gerechten“ Preises seiner Arbeit gestattete. „Arbeit um jeden Preis!“ war die Parole, unter der der geschäftliche Betrieb des Handwerksmeisters stand. So lebte man teilweise von der Substanz, ohne es oft vor sich selbst wahrhaben zu wollen. Diese innerliche Auflösung der

Der Aufbau, Organ des Hauptamtes für Handwerk und Handel, Nr. 10/36

Zentrales Anliegen der „Wirtschaft“, der bürgerlichen Parteien und der Nazis war, die Zerschlagung der freien Gewerkschaften. Tarifvertrag, Betriebsrätegesetz, Selbstverwaltung, Demokratie und die Erfahrung des Klassenkampfes, standen der Profitmaximierung der Unternehmer und den Weltherrschaftsplänen der Nazis entgegen.

Besonders der Mittelstand glaubte, mit der Vernichtung der Gewerkschaften aus dem Zangengriff von Großindustrie und Lohnkosten frei zu kommen.

Die Vorstufen der Machtergreifung waren:

1. Diffamierung der Gewerkschaftsfunktionäre als rote Gewerkschaftsbonzen.
2. Leugnung des Klassenkampfes.
3. Propagierung der Volks- und Betriebsgemeinschaft
4. Schutzhaft und Arbeitslager
5. Nach der Machtergreifung mit Hilfe der bürgerlichen Parteien, Verbot der Gewerkschaften
6. Errichtung betrieblicher Bündnisse
7. Aufhebung der Tarifautonomie
8. Errichtung der Diktatur

Auf den folgenden Seiten sprechen die Materialien der Nazis und der Wirtschaft und Konservativen von heute.

„Das wichtigste soziale Gut ist der Arbeitsplatz“.



Niedersachsens Wirtschaftsminister
Walter Hirche

Hirche betonte: „Das Thema Arbeitsplätze hat im letzten Jahrzehnt nicht genug im Mittelpunkt gestanden.“ In ganz Europa, auch in Deutschland, sei lange unterschätzt worden, dass bestimmte Voraussetzungen in der Industrie erfüllt sein müssen, damit Arbeitsplätze auf Dauer in der Europäischen Union erhalten bleiben. „Das wichtigste soziale Gut ist der Arbeitsplatz.“

Berliner Zeitung, 18.4.05

„Sozial ist, was
Arbeitsplätze schafft!“

Wolfgang Gerhard (FDP):

„Denn die größte soziale Sicherheit und das größte schöne Leben hat man doch nicht in der GKV (Gesetzliche Krankenversicherung) sondern an einem Arbeitsplatz...!“



Arbeit hat Vorfahrt



Eingang zum Konzentrationslager



FDP-Parteitag

„Wenn Arbeit etwas schönes und
erfreuliches wäre,
hätten die Reichen
sie nicht den Armen überlassen.“

(Paul Lafarque - Schwiegersohn von Karl Marx)

„Die Gewerkschaftsbonzen“

FDP und CSU sprechen die gleiche Sprache
wie alte und neue Nazis!

Florian Rentsch(FDP) 9. Juli 2005

„Nur dumpfe Wahlkampfpolemik von **DGB-Gewerkschaftsbonzen** auf dem Rücken von Menschen mit Behinderungen.

Internet

Titel: **DGB-Bonzen** Autor: **C a l i**

Datum:28.6.2005

„Die Rentenkasse wird immer leerer, v.a. weil aufgrund der demographischen Lage immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner versorgen müssen. (Natürlich spielen auch die wirtschaftliche Lage, Entnahmen in der Vergangenheit u.a. eine Rolle.) Außerdem werden die Rentner immer älter.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist dramatisch. Unflexible Strukturen verhindern eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine einhergehende Belebung des Arbeitsmarktes.

Kurz:Deutschland braucht dringend Reformen.

Jede Verzögerung verschlechtert die Situation für zukünftigen Generationen.

Und was sagt der DGB dazu:

Keine Lockerung des Kündigungsschutzes.

Kräftige Lohnsteigerungen.

Keine (demokratische) Abstimmung der Betriebsräte mit den Arbeitgebern.

Festhalten an Flächentarifverträgen.

Kein Soll-Renteneintrittsalter von 67.

Forderung nach Kreditfinanzierung.

Der DGB will alles so lassen wie bisher.

Der DGB sägt mit Streiks an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.

Der DGB will die künftigen Generationen alles bezahlen lassen.

Der DGB will die Arbeitnehmer nicht demokratisch entscheiden lassen, stattdessen will er bevormunden.

Ergo:

Es ist eine gewaltige Sauerei, wie die **Gewerkschaftsbonzen** aus purer Machtgier und Populismus die Gewerkschaftsmitglieder hinters Licht führen und instrumentalisieren.

Sie ruinieren damit Deutschland auf Kosten der Jungen, die alles bezahlen müssen und deren Zukunftschancen gemindert werden.

**Solche Gewerkschaftsbonzen
hat Deutschland nicht verdient!“**

ROTE GEWERKSCHAFTS- BONZOKRATIE



Arbeiterzeitung
Oktober 31, S.



Die Sozialdemokratie sollte sich mehr auseinandersetzen mit den Gewerkschaftsfunktionären, das ist **die wahre Plage** in unserem Land.

rbb Berlin, 30.4.05

SPD-Gewerkschaftsbunzen

Jenseits der Barrikade

TEJA:
„Arbeiter fordern Arbeit!“

Gewerkschaftsheuchelei übelster Art. — Selbst das hochkapitalistische „Berliner Tageblatt“ bezeichnet A.D.G.B.-Forderung als „Luft!“

Für die „freien“ Gewerkschaftler, die bald frei von jeder Arbeit sein werden, gibt es nur noch eines:
Hinweg mit den S.P.D.-Gewerkschaftsbunzen, die den Glendsturz der Wels, Seilmann, Löbe usw. jeit Jahr und Tag steuern —
Her zu Adolf Hitler
für Freiheit und Brot!

Arbeitertum
Oktober 31



1. Programm 4.5.05

„Aus FDP-Sicht, damals mit Lambsdorf, heute mit Westerwelle, wir richten uns nicht gegen Gewerkschaften, auch nicht gegen Betriebsräte, wir wenden uns gegen **Gewerkschaftsbosse** die es verhindern, nach wie vor, daß wir in den Betrieben zu Verabredungen kommen die es erlauben das wir zu mehr Beschäftigung kommen.

Im Nazi-Jargon

Interview Söder

Manager und Gewerkschaftsbözen

Hauptthema ist Arbeit, Arbeit, Arbeit. Aber die Themen innere Sicherheit und Patriotismus müssen auch eine herausragende Rolle spielen. Wir lehnen die Multikulti-Gesellschaft ab und den EU-Beitritt der Türkei. Videoüberwachung, DNA-Analysen, Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten – das sind für uns zentrale Botschaften. Nicht umsonst kandidiert Bayerns Innenminister Beckstein für den Bundestag.

Welche Forderungen verbinden Sie mit dem Thema Patriotismus?

Patriotismus heißt auch: Rechenschaft ablegen. Das geht von Politik bis in die Wirtschaft. Das gilt für Manager und Gewerkschaftsbözen. Dazu gehört, dass Managergehälter veröffentlicht werden, aber auch die üppigen Spitzengehälter der Gewerkschaftsbosse.



Betriebliche Bündnisse - ein alter Nazihut!

Von FDP /CDU
neu entdeckt.

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Vom 20. Januar 1934

(RGBl. I S. 45)

„Einleitung

Das deutsche Sozialsystem vor dem 30. Januar 1933 beruhte auf der Annahme eines [grundsätzlichen Gegensatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern](#).

Dabei lag der Fehler dieses Systems nicht in der Anerkennung sozialer Gegenspieler, sondern in der Erhebung des wirtschaftlichen Interessengegensatzes zu einer allgemein gültigen Norm, die alle Gesetze und Maßnahmen des Staates und alle Beziehungen zwischen den im Wirtschaftsleben beteiligten Menschen, ja sogar die politischen, kulturellen, religiösen oder sportlichen Vorgänge in Deutschland beherrschte.

Diese Entwicklung war die äußerste logische Folge der streng marxistischen Wirtschafts- und Geschichtsauffassung, die im Fortschritt der Menschheit das Ergebnis grundsätzlichen Kampfes zwischen einzelnen Klassen sah und damit den natürlichen Widerstreit der sozialen Interessen, der sich aus der verschiedenen Lage des seine Arbeitskraft anbietenden Arbeitnehmers und des auf die Rentabilität des Betriebes bedachten Unternehmers ergibt, über den Bereich der Wirtschaft hinaus als oberste Richtlinie in die Regelung aller menschlichen Verhältnisse hieintrug.“



Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Vom 20. Januar 1934

(RGBl. I S. 45)

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Erster Abschnitt

Führer des Betriebes und Vertrauensrat

§ 1. Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2. (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.

Erster Abschnitt

Führer des Betriebes und Vertrauensrat

§ 1.

Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2.

(1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.

§ 5.

(1) Dem Führer des Betriebes mit in der Regel mindestens zwanzig Beschäftigten treten aus der Gefolgschaft **Vertrauensmänner** beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den **Vertrauensrat des Betriebes**.

(2) Zur Gefolgschaft im Sinne der Bestimmungen über den Vertrauensrat gehören auch die Hausgewerbetreibenden, die in der Hauptsache für den gleichen Betrieb allein oder mit ihren Familienangehörigen arbeiten.

§ 6.

(1) Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.

(2) Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken.

Nach entsprechender sprachlicher Überarbeitung, könnte dieses Gesetz durchaus in den Bundestag eingebracht werden. Es wäre mit einem Schlage der unselige Klassenkampf, die Mitbestimmung, die Tarifautonomie und die Gewerkschafts-
plage beseitigt.



Tarifautonomie beseitigen - ein alter Nazihut!

Von FDP /CDU
neu entdeckt.

WILHELM REICHART:

Stück für Stück gingen die Arbeiterrechte verloren

Der Zusammenbruch der Tarifpolitik

Nur Hitler kann den Sieg der Reaktion verhindern

Die deutsche Arbeitnehmerschaft steht vor einem kaum faßlichen Zustand. Was vor knapp zwei Jahren noch fast unüberwindlich schien, ist gepfläzt wie eine schillernde Seifenblase. Ein Zehnmillionenheer organisierter Arbeitnehmer hatte sich ein Instrument geschaffen, mit dem es die Lebensexistenz jedes Einzelnen von ihnen gesichert zu haben schien. Ein Instrument, über das Vater Staat die schützende Hand hielt. Ein Instrument, das das Einkommen des Hand- und Kopf-Arbeiters regelte und seine Lebenshaltung hob. Nun liegt es zerstückelt am Boden.

Zürwahr, es ist kaum faßlich. Und es ist umso unverständlicher, weil die Verschlagung des Tarif-Vertrages von einer zahlenmäßig unbedeutlichen Kaste zu Ende geführt wurde, die man längst endgültig außer Gefecht gesetzt glaubte.

Wie war das möglich?

Wären wir Nationalsozialisten das, wofür und die marxistischen Gewerkschaftsführer ständig bei ihren Mitgliedern hinstrickten — Zetunde der Gewerkschaften, Gegner des kollektiven Arbeitsvertrages —, so könnten wir uns über den Zusammenbruch des Tarifrechtes freuen.

Dem ist aber nicht so. Wir könnten eine wohlfeile Kritik über die gemachten Fehler und schweren Veräumnisse loslassen — wir tun es nicht.

Aber wir prüfen ernst und sachlich die Dinge. Nicht, weil es uns darum geht, den Gewerkschaftsführern eins anzuhängen — sie sind ja schon überreich belastet — sondern weil es um den deutschen Arbeiterstand geht, der in jahrzehntelanger Wanderung nach dem ihm vorgegaukelten Arbeiterparadies nun verraten und betrogen, hungernd und dürstend mitten in einer öden Wüste steht.

Jahrzehntelang erbittert kämpfend um das Selbstverständliche von der Welt — um die vertragliche Festsetzung seines Einkommens, muß er nun feststellen, daß ihm Alles, aber auch Alles, was er erkämpft hat, man möchte fast sagen, unter den Händen zerfallen ist.

Immer ein Stück nach dem Andern ging verloren. So fing es an: Der sozialdemokratische Minister und Hauptvorstandsmitglied des marx. Metallarbeiter-Verbandes Karl Sebering haute als Schlichter die Löhne für Eisen-Nordwest um sechs vom Hundert ab. Bei dem einstimmig gefällten Spruch für die Metallarbeiter Berlins stimmte der vergottete Sozialdemokrat und Jude Prof. Einzheimer-Frankfurt a. Main für den Abbau der Löhne. Und dann war das Rad im Rollen.

Arbeitertum Dezember 32

Mit dicken Krokodilstränen in den Augen beklagen die Nazis die Erpressungspolitik der Unternehmer. Die kapitalistische Wirtschaftskrise wurde von den Unternehmern, wie heute, zum ständigen Abbau von Arbeitnehmerrechten benutzt. Als sie an der Macht waren, ersetzten sie die Tarifverträge durch staatliche Tarifanordnungen.

ROTE GEWERKSCHAFTS- BONZOKRATIE



Arbeitertum
Oktober 31, S.

Gewerkschaftsbonzen

Der neue nationalsozialistische Leiter der Bundesschule des A.D.G.B. in Bernau,

Pg. Dr. Schreiter,

wird dafür sorgen, daß ein neuer Geist in die Gewerkschaftsschule einzieht, und daß künftige

**nicht mehr
das Fressen
die Hauptsache ist!**

„Man hat Arbeit genug, um die Mastkost zu verdauen.“

Riesengehälter der Gewerkschaftsbonzen

Die Nachprüfung der Gehälter der leitenden Gewerkschaftsangehörigen hat interessante Zahlen ergeben. Es ist nicht verwunderlich, daß die Vermögenslage gerade der Freien Gewerkschaften von Jahr zu Jahr schwieriger wurde, wenn man heute sieht, wie mit den Arbeitergroßkapitalen gewerkschaftet wurde. Jeder Bonze hat nach dem Grundfahne behandelt: „Hole heute, was du kriegen kannst, morgen gibt es nichts mehr.“ Daß hierbei die jüdischen Gewerkschaftssekretäre im Vordergrund standen, ist selbstverständlich. So bezog z. B. der Genosse Dr. Helberberger, der Leiter einer durchaus neben-sächlichen Unter-Abteilung des A.D.G.B., nämlich der Vermögensverwaltung und Treuhandgesellschaft, ein Gehalt von RM. 26000,— jährlich.

Arbeitertum, Mai 33

Zu viele Gewerkschafter im Bundestag, BDI-Chef Michael Rogowski fordert:

„Deutschland braucht ein neues Wahlrecht“

Von ALEXANDRA HEYDE

Fast jeder zweite Platz im Deutschen Bundestag ist von einem Gewerkschaftsmitglied besetzt. Mit einem Anteil von rund 40 Prozent stellen sie die größte Lobbygruppe im Parlament. „Und das ist zu viel“, sagt Michael Rogowski, Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), „wenn man bedenkt, dass nur

jeder vierte Arbeitnehmer in den Gewerkschaften organisiert ist. Keine andere Interessengruppe hat einen solchen Einfluss auf die Gesetzgebung. Aber was hat Deutschland davon? 4,7 Millionen Arbeitslose und das schwächste Wirtschaftswachstum Europas.“

Nach Ansicht von Rogowski haben die Gewerkschafter lange genug Zeit gehabt, ihre Art von Wirtschaftspolitik zu ma-

chen. Deshalb fordert er: „Deutschland braucht ein neues Wahlrecht!“

Beim geltenden Verhältniswahlrecht können Wähler ihre Zweitstimme nur einer Partei geben (die Partei bestimmt die Reihenfolge der Kandidaten ihrer Landeslisten selbst). „Es würde unsere Demokratie aber gut tun, wenn wir Bürger wählen, welchen Abgeordneten wir wählen. Wir brauchen

ein persönlichkeitsbezogenes Wahlrecht.“

Rogowski hat dabei das Modell des bayerischen Kommunalwahlrechts vor Augen. Dort entscheiden sich Wähler nicht in erster Linie für Parteien, sondern für Personen. Wenn auf den Stimmzetteln neben der üblichen Angaben zur Person (Name, Partei und Beruf) auch aufgelistet wurde, welche Interessensvertretung

ein Kandidat angehört (zum Beispiel einer Gewerkschaft, Arbeitgebervertretung), könne sich der Wähler ein viel klareres Bild machen. „Dann sind die Abgeordneten auch durch ihre Wähler verpflichtet und weniger der Kunstgründe der Parteien.“

Aufgespießt

„Im Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche kommt es im Raum Nürnberg/Ingolstadt zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Form von Fabrikbesetzungen und Straßenblockaden. Der Einsatz der bayerischen Polizei erweist sich als wirkungslos. Die Bayerische Landesregierung fordert die Bundesregierung auf, Einheiten der Bundeswehr einzusetzen, da kommunistische Gruppierungen an der Führung der Streikleitung beteiligt sind. Ist der Einsatz der Bundeswehr möglich?“

Aufsatzthema in der Kaufmännischen Berufsschule Hainau vom 8. Mai.



„Die Deutsche Arbeitsfront war auch eine Gewerkschaft, aber eine mit Maß und Ziel.“